

Der „Briefetel-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 M. zuzüglich Beleggebühren. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig.

Briefetel-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhofstr. 5 und von allen ausgebenen Expeditionen angenommen. Die neu eingekaufte Preissetzung kostet 25 Pfennig, die Reflektierte 1 Mark.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe
Gesprächspartner: Amt Birkenwerder 2006



für Bergfelde, Schönfließ, Frohnau, Summt und Umgegend
Telegr.-Adr.: Briefetelbote Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 74 Gesprächspartner Amt Birkenwerder 2006 Sonntag, den 11. Mai 1930 Postfachkonto Berlin 62 448 29. Jahrg

Der Gemeindevorsteher Bergfelde. Einladung zur Gemeindevorsteherwahl.

Zu der am Dienstag, den 13. Mai 1930, abends 8 Uhr, im Sitzungssaal des Gemeindevorstandes, Hohen Neuendorfer Straße 3, anberaumten Sitzung der Gemeindevorsteherwahl, in der über die im nachstehender Tagesordnung bezeichneten Gegenstände beraten oder beschlossen werden soll, werden sämtliche Mitglieder der hiesigen Gemeindevorstellung hiermit unter dem Hinweis eingeladen, daß die Nichtanwesenheit sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung:

1. Einführung eines Gemeindevorstehers.
2. Entgegennahme von Straßenland.
3. Anwohler des Schulortlandes.
4. Beschlußfassung wegen Verengung von Gemeindepflügen für Kornfeld und dergleichen.
5. Aenderung des Vertrages mit van Res.
6. Abbruch eines Generalabfuhrungsvertrages mit der Handels- und Boden-L.G.
7. Kenntnisnahmen und Beschließen.

Bergfelde, den 10. Mai 1930.
Der Gemeindevorsteher. Czchowski.

Öffentliche Mahnung.
Zur Vermeidung der zwangsweisen Einziehung wird gebeten, die restlichen Kirchensteuern für 1929 nunmehr spätestens bis zum 20. Mai d. Jz. an die zuständigen Zahlstellen abzuführen.
Borgsdorf-Pinnow, den 10. Mai 1930.
Der Gemeindevorsteher.

Beamtenvertreter bei Moldenhauer.

Kein Abbau, aber Nationalisierung.
Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hat bekanntlich in seiner Haushaltsrede vom 2. Mai das Ausgabenentzugsgesetz und ein Befolgungsgesetz angekündigt und damit eine Verminderung der Zahl der Reichsbeamten durch allmähliche Auflösung oder Zusammenlegung bestehender Behörden in Aussicht genommen. Die Ankündigungen des Reichsfinanzministers haben, wie die „Deutsche Beamtenbund-Korrespondenz“ meldet, in der gesamten Beamtenchaft große Verunsicherung hervorgerufen.

Auf Anregung des Deutschen Beamtenbundes hat Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer am Freitag die Vertreter der Spitzenverbände empfangen und eingehend zu seinen Ankündigungen Stellung genommen. Dabei erklärte der Reichsfinanzminister, daß er keinen Beamtenabbau nach dem alten Muster von 1924 beabsichtige, aber eine gewisse Nationalisierung eintreten müsse. Die Rechte der Beamtenchaft dürften nicht geschmälert werden, und die materiellen Grundlagen der Beamten müßten erhalten bleiben. Gewisse Ersparnisse auf organisatorischem Gebiete ließen sich aber nicht vermeiden.

Die Schimpferklärungen in Genf.

Genf, 10. Mai. Der Sicherheitsausschuß hat bereits am Freitag seine Schlußfassung abgehalten, ohne seine ihm vom Völkerbund gestellte Aufgabe, ein geschlossenes Abkommen über die Kriegsverbindungsmaßnahmen des Völkerbundes auszuarbeiten, lösen zu können. Er unterbreitet vielmehr, entsprechend den Beschlüssen des Redaktionsausschusses, dem Völkerbundsrat eine Doppelvorlage. In den entscheidenden Bestimmungen über die kriegsverbindenden Maßnahmen des Völkerbundsrats hat er die gegensätzlichen Auffassungen in zwei Texten nebeneinander gestellt.

Es wurden verschiedene Erklärungen abgegeben, in denen die grundsätzlichen politischen Gegenstände von neuem zutage traten, die das Zustandekommen eines einheitlichen Abkommens über die Kriegsverbindungsmaßnahmen des Völkerbundes verhindert haben. Die einzelnen Gruppen zeichnen sich deutlich ab. Auf der einen Seite stehen Frankreich, Polen und die kleine Entente, auf der anderen England, Deutschland, Italien sowie einige neutrale Staaten.

Lord Robert Cecil (England) setzte sich für folgende drei Grundzüge ein:

1. die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten, sich den Empfehlungen des Völkerbundsrates in einem Streitfall zu unterwerfen, falls diese nicht im Gegensatz zu der nationalen Sicherheit stünden;
2. die englische Regierung lehne alles ab, was direkt oder indirekt die Wachvollkommenheiten des Völkerbundsrates in einem Streitfall auf Grund des Artikels 11 des Völkerbundsstatutes einschränken könnte und
3. die englische Regierung lehne grundsätzlich jede Ausdehnung von Sanktionsmaßnahmen über die bereits bestehenden Bestimmungen des Völkerbundsstatutes ab.

Der französische Vertreter Masfaghi erklärte, die französische Regierung verlange eine Ausdehnung und Stärkung der Machtbefugnisse des Völkerbundsrates in einem Streitfall.

Brüning will führen

Breslau, 10. Mai.
In einer Vertrauensmännerversammlung der Zentrumspartei sprach Reichstagsler Dr. Brüning. Er führte in seiner Rede u. a. aus: Wir haben uns in den vergangenen Jahren vielfach über die Lasten der Reparationen hinweggesetzt, weil wir zunächst einmal zum größten Teil aus ausländischen Anleihen bezahlt haben, und wir haben Prosperität bis zu einem gewissen Grade in der deutschen Wirtschaft herbeiführen können durch die Heranzunahme dieser Auslandsanleihen, die das deutsche Volk über die Schwere der Reparationen, über den Ernst und über die Wirklichkeit in starkem Maße hinwegtäuscht haben. Jetzt stehen wir vor der nüchternen Wirklichkeit, der wir ohne Illusionen klar ins Auge sehen müssen, und das ist der Unterschied gerade nach der innenpolitischen Seite. Die Zentrumspartei hatte das Verlangen gestellt, daß man nicht einfach den Young-Plan annehmen solle, sondern daß man gleichzeitig auch wenigstens einen Teil der innenpolitischen Konsequenzen ziehen solle. Es kam zunächst einmal darauf an, die Klassen-Sanierung durchzuführen und dann die Entscheidung über die Arbeitslosenversicherung einzuleiten. Erst die nächsten Monate werden darüber Aufklärung bringen, was die Sozialdemokraten veranlaßt hat, damals aus der Regierung zu gehen. Sicher ist das eine, daß der Schritt, den die Reichstagsfraktion gemacht hat, nicht von der S.P.D.-Partei gebilligt wurde. Das Kritische der Situation am Ende des vorigen Kabinetts war, daß immer neue Kompromißverhandlungen geschlossen und immer neue Fraktionsverhandlungen geführt werden mußten, worüber Monate verstrichen, während diese Zeit zu notwendigen Reformen auch im Sozialen hätte gebraucht werden können, und das hat allmählich im Volke, aber auch im Ausland zu einem Pessimismus über die Entwicklung der deutschen Demokratie und über den deutschen Parlamentarismus geführt, der mit größter Sorge erfüllen mußte. Einmal wird der Tag kommen, wo notwendige Reformen nicht mehr verschoben werden können und wo die ganzen Schwierigkeiten aus den Fehlern vergangener Jahre sich katastrophal zusammenballen.

Wir müssen, da wir nun frei sind von ausländischer Kontrolle, alle Kraft daran setzen unsere Finanzwirtschaft in Ordnung zu bringen, damit uns nicht der Vorwurf böswilliger Zahlungsrückstände gemacht werden kann. Es geht nicht mehr so weiter, daß die Regierung aus mancherlei Schwierigkeiten heraus nicht mehr die Politik macht, sondern daß die Politik in den Fraktionsverhandlungen gemacht wird.

Eine Regierung muß den Mut haben zu führen und entschlossen sein, mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß das zur Rettung des deutschen Volkes als notwendig Ermäntelte auch tatsächlich parlamentarisch durchgeführt wird. Ich habe den Eindruck, daß es an dem deutschen Volke vielfach mit Fleißworte gegangen hat, daß man vermittle, daß die Regierung tatsächlich führe. Dadurch hat sich eine gewisse Mißstimmung und Pessimismus breitgemacht, deren politische Auswirkungen an dem ungeheuren Anmarsch radikaler Gruppen rechts und links zu verspüren war.

Brüning behandelte sodann die Fragen des Ostprogramms, der Finanzreform, wobei er die Notwendigkeit einer Gesundung der kommunalen Finanzen betonte und wies darauf hin, daß eine sparsame Finanzpolitik gemacht werden müsse, damit das Vertrauen zurückkehrt und infolgedessen auch Geld für langfristige Anleihen angelegt wird. Das sei die Voraussetzung, um die Wirtschaft anzukurbeln und dann die Erwerbslosenfrage herunterzubringen. Er sei überzeugt, daß der Pessimismus gegenüber dem Parlament nicht wochen wird, sondern ganz im Gegenteil, der Glaube an das Parlament werde wachsen, und das brauche die Regierung, um wieder gesunde Verhältnisse herbeizuführen.

Wer hat denn den Käse . . . ?

Eine ansehnliche Käseproduktion des Reiches.
Umtlich wird mitgeteilt: Einzelne Zeitungen bringen die Mitteilung, daß der Reichsernährungsminister Schiele in der vorigen Woche aus Reichsmitteln für mehrere Millionen Mark Weichkäse im bayerischen Allgäu zu Einlagerungszwecken gekauft habe. Diese Mitteilung entspricht nicht den Tatsachen.

Das Reich hat keinerlei Käse gekauft; es hat vielmehr im Einvernehmen mit der bayerischen Regierung lediglich den zum Zweck der Abgrenzung geachteten Abgabegattungen einen kleinen Bruchteil der oben genannten Summe zur Verfügung gestellt, um hiermit eine gewisse Entlastung des Allgäuer Käsemarktes herbeizuführen.

Es handelt sich also lediglich um eine der Maßnahmen, wie sie im Laufe der letzten Jahre auf der Grundlage des landwirtschaftlichen Notprogramms in Fällen vorübergehender Absatzstörung wiederholt durchgeführt worden sind.

Rom gegen Versailles

Grandi richtet deutliche Worte an Frankreichs Adresse.
Rom, 10. Mai.
Der italienische Außenminister Grandi hielt vor der vollbesetzten Kammer in Gegenwart Mussolinis seine mit Spannung erwartete große Rede über die Haager und die Londoner Konferenzen.

Grandis Ausführungen gipfelten in der Erklärung, daß Italien jederzeit bereit sei, die unterbrochenen Verhandlungen mit Frankreich wieder aufzunehmen. Italien habe als erste Macht dem Gedanken einer Abrüstungskonferenz zugestimmt und zwar bedingungslos. Es betrachtete die Entigung mit Frankreich als Voraussetzung für einen Erfolg in London und habe daher in Paris Vorbereitungen angeboten. Der Paritätsgedanke sei an der Verwirklichung der schwierigen Lage Italiens, der geographisch, strategisch und wirtschaftlich am leichtesten angreifbaren Seemacht geschäftert.

„Italien weigert sich aus höheren sittlichen Motiven noch weiter einen Unterschied zu machen zwischen Siegern und Besiegten. Die Verträge sind nicht ewig. Wenn sie eine möglichst lange Dauer haben sollen, so müssen sie im Geiste der Gerechtigkeit ausgelegt und abgeändert werden.“

In diesem Sinne wird Italien seine Politik unerschütterlich fortführen. „Zehn Jahre voll Friedenskonferenzen hätten gezeigt, daß die sogenannte Abrüstung nichts anderes als Interessenspolitik ist, geboren aus dem Versailles Geiste. Nicht auf scheinbar gerechte Theorien dürfe man sich stützen, wenn wirklich etwas erreicht werden soll, sondern jedes Land müsse nach seinen Bedürfnissen abgehandelt werden. So wäre es zum Beispiel schreiende Ungerechtigkeit den gegenwärtigen Standpunkt in der Bevölkerung als Basis zu nehmen und zu sagen: so soll es bleiben! Das hieße diejenigen begünstigen, die seit Versailles weitergegrübelt haben, und die anderen, die im Glauben an den Völkerbund darauf verzichteten, bestrafen! Die wahre Parität lehe anders aus!“

Ist es nun zu viel, wenn Italien bei seiner dramatisch schwierigen Lage im Mittelmeer, wenigstens zur See, nicht schlechter gestellt sein will als sein Nachbar? Aber wenn es nicht sein kann, so fürchtet Italien auch eine Isolierung nicht denn es ist sich seiner Stärke bewußt! Besser allein als verkleinert, besser allein als im Schlepptau der andern, besser allein als einbezogen in faule Kompromisse!

Zum Schluß erklärte Grandi, daß der Völkerbund den geeigneten Boden für die allgemeine Abrüstungskonferenz darstelle. Italien werde darüber wachen, daß im Rahmen des Völkerbundes alle Staaten, die großen und die kleinen, gleiche Rechte und gleiche Pflichten allen anderen Staaten gegenüber behielten. Der Völkerbund sei nicht als Verband der Sieger gegen die Besiegten aufgesetzt worden, im Gegenteil, die Sieger hätten sich selbst gegenüber sowie gegenüber den besiegten Staaten und gegenüber dem Völkerbund ganz jenseitigste Verpflichtungen übernommen. Diese Verpflichtungen warteten noch auf ihre Erfüllung.

Deutscher Marinebesuch in Venedig

Venedig, 10. Mai.
Im Hafen von Venedig sind unter den üblichen Salutschüssen die deutschen Schiffe „Schlesien“ und „Hessen“ eingetroffen und in der kleinen Bucht von St. Marco vor Anker gegangen. Contradmiral Förster lag an Bord der Schlesien die Admiralsflagge gehißt und stützte in Begleitung eines Stabes dem Admiral Fiorelli, Kommandanten der Schiffsbasis von Venedig, und später dem Kardinal Lafontaine sowie dem Präfecten und dem Bürgermeister einen Besuch ab. Am Abend fand im Fenice-Theater ein Galakonzert zu Ehren der deutschen Gäste statt, die am Sonnabend der Feier der schiffsärztlichen Musterung auf dem Markusplatz beiwohnten.

Um die Erbschaft Professor Rosens.

Oberlandesgerichtsentscheidung zugunsten von Frau Neumann.
Der 10. Zivilsenat des Breslauer Oberlandesgerichts hatte am Freitag dahin zu entscheiden, ob der Erbschaftsprozeß, den die Witwensfrau Neumann gegen die Angehörigen des ermordeten Professors Rosen anhängig gemacht hat und der bekanntlich wegen des gegen Frau Neumann noch laufenden Strafverfahrens immer wieder vertagt wurde, bis zur Beendigung des Strafprozesses auszuliegen ist oder nicht.

Das Gericht verneinte, nachdem der Verteidiger die augenblickliche Verhandlungsunfähigkeit im Hinblick auf einen Strafprozeß der Frau Neumann hervorgehoben hatte, die Aussetzung des Zivilprozesses und verurteilte die Erben des Professors Rosen zur Auszahlung von 6300 RM. Frau Neumann, der im Testament für 50000 RM Konjunktionsvermacht worden sind, hatte 20000 RM beantragt.